

Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 12.02.2020
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:52 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Haase, Hans-Dieter für Horst Götze
Meinen, Regina

GfE-Fraktion
Kruse, Detlef

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Ringena, Hermann, Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Marsal, Andrea

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin für Uwe Frerichs
Mälzer, Frank

Beratende Mitglieder
Attar, Ziad, Dr. Vertreter des Integrationsrates
Hempel, Rainer Vertreter des Sozialpsychiatrischen Verbundes
Kamer, Stefan Vertreter des DPWV
Kandziora, Marianne Vertreterin des Seniorenbeirates
Kröger-Vodde, Erasmus Vertreter der ev.-luth. Kirchenkreises Emden-Leer
Malanowski, Jörn Vertreter des Beirates für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Grendel, Volker
Knochenhauer, Annett
Lisson, Carsten
Philipps, Egon

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 4 Vorstellung des Budgets 2020 des Fachbereichs Gesundheit und Soziales gemäß der Budgetgespräche 2020 sowie der Maßnahmen der Haushaltsstrukturkommission
Vorlage: 17/1331

Herr Grendel begrüßt die Mitglieder des Ausschusses. Er bittet Frau Knochenhauer um die Vorstellung eines neuen Kollegen.

Frau Knochenhauer stellt Herrn Markus Arlt vor. Herr Arlt sei seit Anfang des Jahres im Fachdienst Zentraler Service beschäftigt und dort für die zentralen Haushaltsangelegenheiten des Fachbereiches 500 und 600 zuständig.

Herr Grendel gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über das Budget des Fachbereiches 500. Einleitend informiert er mit einer Zeitreihe der Jahre 2012 bis 2020 über die allgemeine Kostenentwicklung. Weiter stellt er die Strukturen, die Produkte, die Budgets der einzelnen Fachdienste sowie Kern- und Schlüsselprodukte vor. Er schließt die Präsentation mit der Vorstellung von derzeitigen Projekten des Fachbereiches ab. Die Gesamt-Präsentation des Fachbereiches 500 ist unter www.emden.de einsehbar.

Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Haase fragt hinsichtlich des Projektes für die Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes und der Trinkwasserverordnung in der ausschließlichen Wirtschaftszone auf den Bohrinseln und auf den Wohnplattformen nach einer Verlängerung über die Testphase hinaus. Seiner Ansicht nach würde diese Stelle den Offshore-Standort Emden stärken. Er regt daher an, diese Stelle dauerhaft vom Land finanziert zu bekommen.

Herr Grendel stimmt der Anregung von Herrn Haase zu und teilt mit, das Projekt sei deswegen auch für ein Jahr verlängert worden. Allerdings sei eine ärztliche Führung mit entsprechendem Fachwissen notwendig. Vor dem Hintergrund, dass im Moment die Personalsituation unsicher sei, traue er sich nicht, eine langfristige Vereinbarung einzugehen. Zudem stelle diese Aufgabe auch vom Ausbildungstraining her hohe Anforderungen an den Mitarbeiter. Bei den anderen Gesundheitsaufsehern innerhalb der Stadt Emden sei niemand zu finden, der die Vertretung übernehmen könnte. Er informiert, dass die Aufgabe derzeit von der Stadt Emden für das Land wahrgenommen werde. Somit würde bei einer Feststellung, wie beispielsweise einem Trinkwasserproblem auf einer Plattform, das Land benachrichtigt. Das Land würde dann entsprechend ordnungsrechtlich handeln. Bei einer Aufgabenübertragung sei das anders. Für den Fall einer Fortsetzung des Projektes sei dem Land signalisiert worden, dass die Stadt weiterhin den Weg der Aufgabenwahrnehmung und nicht den der Aufgabenübertragung nutzen würde.

Frau Meinen lobt, dass im zentralen Servicebereich die Förderprojekte mit einer Stelle besetzt worden seien. Generell findet sie Förderprojekte begrüßenswert. Im Bereich der Gemeinwesenarbeit gebe es auch geförderte Stellen. Sie erkundigt sich, wie die Arbeit dort fortgesetzt würde, wenn die Förderung wegfalle.

Herr Grendel informiert, nach der Sommerpause werde ein Verstärkungskonzept vorgelegt, welches dann gemeinsam beraten würde. Verstärkung heiße, die Aufgaben seien sinnvoll und möglichst in der Regelarbeit unterzubringen. Er könne jedoch vorwegnehmen, dass dieses ohne Personalaufstockung nicht funktionieren werde. Nach einem damaligen Konzept seien Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unbefristet eingestellt worden, erklärt er. Der Bedarf an Einzelfallhilfen im Flüchtlings- und Sozialarbeiterbereich sei nicht mehr gegeben, deshalb sei das Personal in die Gemeinwesenarbeit einbezogen worden. Diese sogenannte integrative Gemeinwesenarbeit decke gleich mehrere Aufgabenfelder ab, somit müssten nicht in jedem Stadtteilbüro Stellen aufgestockt werden. Weiter weist er darauf hin, dass bei einer Projektförderung ggf. ein Teil des Personals mit Ablauf der Befristung nicht zu halten sei. Trotzdem gebe es im Gesamtkontext immer wieder Stellen, auf welche sich gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewerben könnten.

Frau E. Meyer bedankt sich für die detaillierte Vorstellung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Grendel informiert anhand einer Power-Point-Präsentation über die Umstellungsarbeiten hinsichtlich des Bundesteilhabegesetzes im Fachbereich 500. Es sei ihm wichtig, diesen Umstellungsaufwand auch einmal im Ausschuss darzustellen und lobt in diesem Zusammenhang die hervorragende Teamleistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die informative Vorstellung. Sie spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches 500 ihren Respekt aus und lobt die geleistete Arbeit.

Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 6 Anfragen

1. Pressebericht Nebentätigkeit Geschäftsführer der Klinikträgergesellschaft

Frau Marsal spricht eine Online-Meldung an, welche in der Emden- und Ostfriesen Zeitung kursiere. Thema des Artikels sei eine Nebenbeschäftigung des Geschäftsführers der Klinikträgergesellschaft. Sie fragt an, ob die Verwaltung eine neue Mitteilung dazu machen könne.

Herr Jahnke teilt mit, eine offizielle Erklärung vom Oberbürgermeister und Herrn Meinen sei herausgegeben worden.

Herr Kruse gibt an, er sei auch über die Online-Meldung der Presse überrascht. Er und seine Frau hätten keine Information seitens der GfE-Fraktion erhalten und er distanzieren sich zunächst einmal davon.

Herr Haase bemerkt, es sei zum jetzigen Standpunkt der Ereignisse nicht die richtige Zeit, sich zu distanzieren. Seiner Ansicht nach sei die Anfrage von Frau Marsal ein berechtigtes Anliegen nach mehr Information. Dass die Presse bereits eine gemeinsame Erklärung vom Oberbürgermeister und Herrn Meinen erhalten habe, sei bekannt. Dennoch sei mehr Information für die Ratsmitglieder wünschenswert, da solch eine Mitteilung Bürgerinnen und Bürgern Anlass zur Nachfrage geben würde. Er pflichtet Herrn Jahnke bei, dass die Stellungnahme vom Geschäftsführer der Klinikträgergesellschaft abzuwarten sei.

Herr Jahnke betont, dass die Stellungnahme unspektakulär ausgefallen sei. Die beiden Hauptverwaltungsbeamten hätten den Geschäftsführer der Klinikträgergesellschaft mit der Angelegenheit konfrontiert und ihn um eine schriftliche Stellungnahme bis zum 19.02.2020 gebeten.

2. Petition für die Anhebung der Altersgrenze im Mammographie-Screening-Programm

Frau Meinen teilt mit, die SPD-Fraktion habe eine E-Mail von den Landfrauen des Landkreises Friesland erhalten. Thema sei eine Petition für die Anhebung der Altersgrenze im Mammographie-Screening-Programm zur Früherkennung von Brustkrebs bei Frauen von 69 auf 75 Jahre. Sie fragt nach, ob die Stadt Emden sich auch dafür einsetzen könnte.

Herr Grendel gibt an, er nehme den Vorschlag mit.

Herr Kruse fügt hinzu, dass die GfE-Fraktion dieses Thema ebenfalls unterstütze und bereits tätig gewesen sei.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.